



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere
Sicherheit und Sport**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/5009**

**Mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen
Terrorismus - Anhörung zur Lage und Prävention
von terroristischer Radikalisierung in Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 25. Sitzung am 4. Februar 2015 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Auf Verlangen der Oppositionsfractionen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Anhörung gemäß § 173 Abs. 1 Satz 2 der GeschO durchzuführen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 22. Sitzung am 24. Februar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Der Durchführung der Anhörung gemäß § 173 Abs. 1 Satz 2 der GeschO auf Verlangen der Oppositionsfractionen hat der Ausschuss einstimmig zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 28. Sitzung am 5. März 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Der Durchführung der Anhörung gemäß § 173 Abs. 1 Satz 2 der GeschO auf Verlangen der Oppositionsfractionen hat der Ausschuss einstimmig zugestimmt.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender